

Laibacher Zeitung.



Mr. 67.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11. Halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15. Halbj. fl. 7.50

Freitag, 22. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 80 kr.

1872.

Amtlicher Theil.

Aufruf

an die Industriellen und Handel- und Gewerbetreibenden, an die Montanbesitzer, Land- und Forstwirthe, an die Künstler, Freunde der Kunst und Wissenschaft in Krain zur Betheiligung an der

Weltausstellung in Wien.

Die Weltausstellung in Wien, deren Eröffnung auf den 1. Mai 1873 mit der Dauer bis Ende October 1874 festgesetzt ist, wird alle Gebiete des menschlichen Schaffens umfassen; sie soll sich zu einem Gesamtbilde des riesigen Aufschwunges unserer Zeit in allen Productionszweigen, zu einem Brennpunkte der rastlos fortschreitenden, alle Völker der Erde einigenden Culturgeschichte der Menschheit gestalten.

Bereits beginnt an den Ufern der Donau der kühne Bau emporzusteigen, dessen Hallen den Leistungen der Urproduction und des Gewerbefleißes, den Schöpfungen der Kunst und Wissenschaft zu dem edelsten Wettstreite geöffnet sein werden.

Aus sämtlichen Staaten Europa's, aus allen Erdtheilen laufen Berichte ein über die bevorstehende lebhafteste Betheiligung des Auslandes an dieser Weltausstellung; auch in Oesterreich ziele das allgemeine Sinnen und Trachten dahin, und sind tausend rühriger Hände damit beschäftigt, die Erzeugnisse unseres gesegneten Vaterlandes, die Schöpfungen des Gewerbefleißes und Kunstsinnes seiner Bewohner in einer der Weltausstellung Oesterreichs würdigen Weise zur Anschauung zu bringen.

Zum Behufe der allseitigen Betheiligung an dieser Weltausstellung haben Sr. Majestät mit der A. h. Entschliessung vom 8. Februar l. J. besondere Ausstellungskommissionen für die einzelnen Länder eingesetzt.

Die für Krain ernannte Ausstellungskommission hat sich am 9. d. M. constituirt, und indem dieselbe den Beginn ihrer Amtswirksamkeit zur allgemeinen Kenntniß bringt, wendet sie sich an die Industriellen und Landwirthe, an alle einflussreichen Männer im Lande, an die verschiedenen Corporationen, Gemeinden, Gesellschaften und Vereine, an die vaterländische Presse mit der Bitte, einmüthig dahin zu wirken, daß auch das Land Krain auf der Wiener Weltausstellung entsprechend vertreten werde.

Außer den Erzeugnissen des Montanwesens, der Landwirthschaft, der fabrikmäßigen, der gewerblichen und der häuslichen Industrie sollen auch alle jene Naturschätze Krains, die noch einer entsprechenden Vertretung harren und der industriellen Thätigkeit ein lohnendes Feld versprechen, zur Ausstellung gelangen.

Nicht bloß dem Großindustriellen und dem Großgrundbesitzer, auch jedem einzelnen Gewerbetreibenden und Landwirthe, dem Künstler und Kunstfreunde, den Pflegern der Erziehung und Wissenschaft soll die Weltausstellung Gelegenheit bieten, ihren Leistungen und Kunstwerken allgemeine Beachtung zu verschaffen, ja selbst kleinere Producenten werden durch Veranstaltung von Collectivausstellungen höchst schätzbare Beiträge zur Production Krains liefern können, sowie auch alle jene, welche, ohne Producenten zu sein, die wirthschaftlichen Verhältnisse des Landes und die Bewegung in den Preisen der krainischen Industrie- und Handelsproducte genau kennen, berufen sind, durch Einsendung von Daten über die Productionstatistik Krains die Arbeiten der Ausstellungskommission wesentlich zu fördern.

Nach dem von der hohen k. k. Regierung veröffentlichten Reglement ist die Ausstellungskommission für Krain dasjenige Organ, mittelst dessen die hierländigen Aussteller in Angelegenheiten der Ausstellung verkehren werden, daher auch die Anmeldungen für die Ausstellung daselbst zu geschehen haben und die Entscheidung über die Zulassung der einzelnen Ausstellungsobjecte der genannten Commission zusteht.

Die näheren Bestimmungen über die Anmeldung und Besichtigung werden im geeigneten Wege bekannt gemacht werden, und ist die Ausstellungskommission jederzeit bereit, diesfallsigen Anfragen zu entsprechen, weshalb auch die hohe k. k. Regierung die Portofreiheit des Correspondenzverkehrs zwischen den Ausstellern und der Ausstellungskommission bewilligt hat, jedoch muß auf der Adresse außer dem Namen des Aufgebers bemerkt werden: „Weltausstellung 1873, über amtliche Aufforderung.“

Vorläufig wird bekannt gegeben, daß die Anmeldungen für die Weltausstellung längstens bis 1. Juli d. J. bei der Landescommission in Laibach zu geschehen haben.

Ferner glaubt die Ausstellungs-Commission die Frage wegen möglichster Nugbarmachung der Wiener Weltausstellung und wegen Ermöglichung des Besuches derselben für minder Bemittelte schon jetzt der sorgfältigen Erwägung und thätigsten Unterstützung der verschiedenen Vertretungen und Körperschaften anempfehlen zu sollen.

Lasset uns alle einträchtig und unverdrossen wirken, um auch dem Lande Krain einen ehrenvollen Platz auf der Wiener Weltausstellung zu sichern, um aus diesem epochemachenden internationalen Werke für die Hebung der Cultur und des Wohlstandes in unserem Lande die nachhaltigsten Vortheile zu erzielen.

Laibach, am 18. März 1872.

K. k. Weltausstellungs-Landescommission für Krain.

Karl von Wurzbach,
Präsident.

V. C. Supan,
Vizepräsident.

Das Executiv-Comité:

Otto Freiherr v. Apfaltrern, Dr. E. J. Costa, Karl Deschmann, Franz Globočnik, Ludwig Ritter v. Gutmannthal-Benvenuti, Peter Kosler, Karl Graf Lanthieri, Johann Murnik, Albert Samassa, Johann Solar, Albert Trintler, Michael Angelo Freiherr v. Jois-Edelstein.

Rothar Fürst v. Metternich-Winneburg,
ständiger Referent.

Nichtamtlicher Theil.

Der löbl. krainische Landesanschuß hat der k. k. Landesregierung den Unterstützungsbetrag pr. Viertausend Gulden ö. W. aus Landesmitteln zum Ankaufe von Samengetreide und Samenfrüchten für die Nothleidenden in Unterkrain und Innerkrain übergeben.

K. k. Landesregierung.

Laibach, am 16. März 1872.

Der k. k. Landespräsident:

Karl v. Wurzbach m. p.

Journalstimmen über die galizische Ausgleichs-Frage.

Die Thatsache, daß über Anregung Sr. Durchlaucht des Herrn Ministerpräsidenten Fürsten Auersperg die Berathung über die finanzielle Seite der galizischen Ausgleichsangelegenheit in der am 18. d. stattgefundenen Sitzung des Verfassungsausschusses nochmals aufgenommen wurde, und dieser letztere den von Sr. Durchlaucht befürworteten Grundsatze der Revision der dem Lande Galizien für die politische Verwaltung und das Unterrichtswesen zu bewilligenden Pauschalien sich angeeignet hat, findet in den Wiener Journalen vom 19. d. M. ungetheilte Anerkennung. „Wie erinnern wir — schreibt die „Neue Freie Presse“ — wurden in der Sitzung des Verfassungsausschusses vom 11. d. sämtliche auf eine periodische Revision der Pauschalien abzielenden Anträge abgelehnt und es mochte zweifelhaft erscheinen, ob damit das galizische Pauschale meritorisch als unabänderlich erklärt werden sollte, oder ob alle jene Anträge nur darnum abgelehnt wurden, weil bei principieller Geneigtheit zur periodischen Revision für keinen der gemachten Vorschläge aus verschiedenen Bedenken eine Majorität zu erzielen war. Ohne die Intervention der Regierung wäre es nun wohl bei der einfachen Ablehnung und somit bei der Unveränderlichkeit des Pauschales geblieben; Dank derselben hat der Verfassungsausschuß nun doch einen Beschluß hierüber gefaßt, indem er den Rechbauer'schen oder eigentlich Brestel'schen Antrag bezüglich des Revisionschlüssels gestern annahm. Damit hat der Verfassungsausschuß den letzten Stein in das galizische Ausgleichsgebäude gefügt.“

„Das Verdienst, die über die Quotenfrage abgebrochenen Verhandlungen wieder in Fluß gebracht zu haben — äußert sich die „Tagespresse“ — gebührt zunächst der Regierung, da Fürst Auersperg es war, welcher am Beginn der heutigen Sitzung den Ausschuss aufforderte, nochmals die finanzielle Frage einer wohlwollenden Berathung zu unterziehen und einer endgültigen Lösung zuzuführen. Allein auch die Abgeordneten trugen das ihrige zu dem Gelingen bei, indem sie trotz mannigfacher Bedenken, die sich auch heute noch geltend machten, auf die neuerliche Verhandlung eingingen. Unsere Hoffnung hat uns demnach nicht getäuscht. Der galizische Ausgleich, soweit derselbe gegenwärtig überhaupt festgestellt werden könnte, ist erledigt.“

Das „Tagblatt“ äußert sich im nachfolgenden Sinne: „Der Ausgleich ist vollendet, im Ausschusse wenigstens, und wenn es den Polen erst darum zu thun ist, eine gesicherte, ehrenvolle und bevorzugte Stellung innerhalb des Verbandes der österreichischen Monarchie und innerhalb der Staatsgrundgesetze derselben zu erlangen und zu behaupten, und wenn sie darnach ihr weiteres Verhalten einrichten, auch fertig im Abgeordnetenhaus, fertig im Parlamente und dann fertig zur Sanction für die Krone. Ministerium und Verfassungspartei haben gestern im Verfassungsausschusse ihr letztes Wort gesprochen, in allen Fragen und zum Schluß in der heikelsten und der verwickeltesten, in der Quotenfrage, wurde den Polen gegenüber das weitgehendste Entgegenkommen an den Tag gelegt. Daß die obige Angelegenheit diese Wendung nahm, ist auf den Einfluß der Regierung zurückzuführen. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten wirkten entscheidend, und so kam es, daß dem Subcomité der Auftrag erteilt wurde, die Beschlüsse über den galizischen Ausgleich ohne Rücksicht auf die Wahlreformfrage in die Form eines Verfassungsgesetzes zu bringen. Das Ministerium hat damit erreicht, daß die beiden Angelegenheiten nicht mit einander verbunden werden.“

Bei der heutigen Journalrevue wollen wir noch einen Rückblick auf die Wiener Journale vom 15. d. werfen.

Wir begegnen in denselben einer nicht geringen Anzahl von Meinungsäußerungen über die in den jüngsten Verhandlungen des Verfassungsausschusses neuerdings zu Tage getretene Tendenz, die Wahlreformfrage in einen unmittelbaren Connex mit der galizischen Ausgleichsangelegenheit zu bringen, und wir können constatiren, daß die Mehrzahl der laut gewordenen Stimmen sich dem von der Regierung in der obigen Frage festgehaltenen Standpunkte zuneigt. „Wir müssen — schreibt die „Neue Freie Presse“ — der Regierung jetzt wie zur Zeit der Adreßdebatte Recht geben, daß sie von ihrem, in der Thronrede kundgegebenen Programme nicht abweichen zu können und die mit demselben in Widerspruch stehende Connexität der Wahlreform mit der galizischen Ausgleichsangelegenheit ablehnen zu müssen erklärt.“

Bringe man nämlich in die directen Wahlen den Gedanken hinein, daß sie ein Compensationsobject für den galizischen Ausgleich seien, dann seien sie gefährdet, falls dieser nicht zu Stande kommt. Der ernstliche Wille der Regierung, die Wahlreform durchzuführen, stehe außer allem Zweifel und eine Garantie, wie sie beispielsweise der Bistra'sche Antrag bieten soll, sei jedenfalls gänzlich überflüssig.

Trotz des kleinen Habers zwischen Regierung und Verfassungspartei, welcher anlässlich der Anträge über eine Verquickung des galizischen Ausgleiches mit der Wahlreform zu Tage trat, könne — äußert sich die „Tagespresse“ — doch nicht daran gezweifelt werden, daß die Letztere dem Regierungsstandpunkte sich schließlich zuneigen werde. Die Verfassungspartei müsse in dieser Frage mit der Regierung gehen, wenn sie nicht eine zu große Verantwortlichkeit auf sich nehmen wolle, und man sei berechtigt, von ihr zu verlangen, daß sie die parlamentarische Disciplin nicht im gegebenen Falle im Stiche lasse. Sei die galizische Ausgleichsangelegenheit erledigt, dann könne die Motion von Gunsten der Verfassung mit um so größerer Energie beginnen. Die Regierung steuere im vollen Bewußtsein der Frage rüftig dem Ausgleich zu, allzeit bemüht die Schwierigkeiten zu besiegen, welche sich demselben entgegenstellen. Dabei gebühre der Regierung die Anerkennung, daß sie zugleich den Reichsgedanken energisch wahre und bei aller Neigung, die Abgeordneten aus Galizien zu gewinnen, doch zu keiner Concession ihre Zustimmung gebe, durch welche das Interesse der anderen Reichtheile verletz oder die Stabilität der neu zu schaffenden Zustände compromittirt würde.

Das „Fremdenblatt“ zweifelt daran, daß der Antrag auf Verbindung der galizischen Ausgleichsfrage mit der Einführung der directen Wahlen im Verfassungsausschusse Annahme finden werde, und das „Neue Fremdenblatt“ gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß nach den wiederholten Erklärungen Sr. Excellenz des Herrn

Ministerpräsidenten, trotzdem die Regierung auf einer getrennten Behandlung der beiden Fragen bestehe, doch die beste Hoffnung gehegt werden müsse, daß mit derselben und durch dieselbe der galizische Ausgleich und die Wahlreform zum gedeihlichen Abschluß gebracht werden würden. In den Worten, welche Sr. Durchlaucht der Herr Fürst Auersperg gestern im Verfassungsausschusse gesprochen, liege so viel Loyalität nach oben als ehrlicher Mannesmut nach unten. Ein Ministerium, das so spreche, müsse seiner Sache gewiß sein und lasse eine günstige Lösung der oberschwebenden Fragen erwarten.

Die entschieden ablehnende Haltung, welche seitens der Abgeordneten aus Galizien gegen die, in gleich bestimmter Weise von der Regierung wie von der Majorität der Ausschußmitglieder festgehaltene Forderung, das Ausgleichsgesetz seinerzeit in die galizische Landesordnung zu inarticulieren, befolgt wurde, gibt der „Presse“ zum Ausdruck einer Vermuthung Veranlassung, welcher wir auch bereits in mehreren anderen österreichischen und ungarischen Journalen begegnet sind. Das genannte Blatt meint nämlich, daß, wenn man die Argumentationen der polnischen Abgeordneten einer vorurtheilslosen Prüfung unterziehe, es den Anschein gewinne, als ob dieselben Gründe gegen die Inarticulirung des Ausgleichsgesetzes hätten, welche nicht recht für die Oeffentlichkeit bestimmt wären. Es will dem genannten Blatte bedanken, daß die polnischen Abgeordneten sich nicht nur deshalb, weil sie der Landtagsmajorität nicht sicher wären, gegen die Inarticulirung stemmen, sondern auch aus dem Motive, weil sie sorgsam darauf bedacht seien, eine Zukunftspolitik nicht zu präjudiciren, welche eben so sehr in einem Verkennen der Bedürfnisse ihrer Committenten als der gegenwärtigen politischen Weltlage wurzeln. Je größere Scheu die Polen indeß vor einem bilateralen Vertrage an den Tag legten, um so mehr dränge sich der Regierung und der Verfassungspartei die besondere Pflicht auf, die nöthigen Garantien für alle Fälle zu suchen. Die Inarticulirung schließt die Garantie in sich und sei deshalb von hoher Wichtigkeit; sie sei die documentarische Besiegelung des Pactes zwischen dem Lande Galizien und dem Reiche, sie verleihe erst den jetzigen Abmachungen den Stempel des vollendeten Ausgleiches und sei allein die Bürgschaft dafür, daß die galizische Ausgleichsangelegenheit zu einem endgültigen Abschluß gebracht werde.

Sehr entschiedene Stellung nimmt auch das „Neue Fremdenblatt“ zur Inarticulirungsfrage. „Die Bedingung, daß das Ausgleichselaborat im Wege der Landesgesetzgebung ein Theil der galizischen Landesordnung werde“ — schreibt das genannte Blatt — „ist gerade diejenige, deren Erfüllung die Gewähr bietet, daß die Angelegenheit nicht bloß interimistisch, sondern thatsächlich und endgültig ausgetragen werde; eben deshalb ist dieser Punkt aber ein durchaus essentieller.“ Regierung und Verfassungspartei hätten das aufrichtigste Interesse, den Ausgleich zu Stande zu bringen, und es sei kein Zweifel, daß es auch den Polen bei einiger Verhältnißlichkeit in eigenem Lande gelingen werde, für das Ausgleichsgesetz die erforderliche Majorität im galizischen Landtage zu gewinnen. Eben deshalb könne und müsse auf der obigen Forderung bestanden werden.

27. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 19. März.

Präsident R. v. Hopfen eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 50 Minuten.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Lasser, Dr. v. Stremaier, Dr. Unger, Dr. Glaser, Ritter v. Chlumetzky, Freiherr de Pretis, Dr. Banhans, der Leiter des Landesvertheidigungs-Ministeriums Oberst Horst.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Das Präsidium theilt dem Hause die erfolgte Allerhöchste Sanction des Gesetzes über die Pensionfähigkeit der Gefangenenaufsicher mit. Vom Handelsministerium ist eine Vorlage, betreffend den Abschluß eines Postvertrages mit Montenegro, eingelangt.

Die eingelaufenen Petitionen, betreffend Erhöhung der Congrua, Regelung der Cultusverhältnisse, Einführung directer Reichsrathswahlen, Aufhebung des Legalisirungszwanges, Aufhebung des Salzmonopols, Entlohnung der Gerichtsdiurnisten u. a., werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Erster Gegenstand derselben ist die erste Lesung des Gesetzentwurfes, betreffend die Entlastung einiger zur Veräußerung bestimmten Objecte des unbesieglischen Staatseigenthums durch Uebertragung darauf befindlicher Pfandrechte auf andere Objecte. Derselbe wird dem Finanzausschusse zugewiesen.

Als zweiter Gegenstand wird die zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Errichtung einer Hochschule für Bodencultur in Wien, auf die Tagesordnung gesetzt. Das ganze Gesetz wird ohne Debatte in der Ausschlußfassung in zweiter und dritter Lesung nebst der beantragten Resolution, lautend: „Die Regierung wird aufgefordert, zu erwägen, inwiefern die Hochschule für Bodencultur nach vollendeter Organisation in das Ressort des Unterrichtsministeriums unter Wahrung der

entsprechenden Einflußnahme des Ackerbauministeriums überzugehen hat,“ vollinhaltlich genehmigt.

Beim dritten Gegenstand der Tagesordnung, betreffend den Gesetzentwurf über die Sicherstellung und Execution auf Bezüge aus dem Arbeits- und Dienstverhältnissen, werden die Anträge des Dr. Knoll auf Rückverweisung an den Ausschuß angenommen, und das Haus schreitet sodann zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung d. i. Bericht über den Gesetzentwurf, mit welchem der § 2 des Gesetzes über die Errichtung von Gewerbegerichten abgeändert wird.

Berichterstatter Dr. Hallwisch verliest den Bericht, worauf das Gesetz in zweiter und dritter Lesung nach dem Ausschußantrage angenommen wird.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über den Gesetzentwurf, durch welchen § 3 des Gesetzes über die Bezüge der Landeschulinspektoren abgeändert wird.

Berichterstatter v. Czedit trägt den Bericht vor, und wird der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung ohne Debatte genehmigt.

Hierauf folgen Berichte und Erledigungen über Petitionen betreffend den Bau von Bahnhöfen, Eisenbahnen, Errichtung neuer Gerichtssitze, Wiederherstellung von Universitäten, Ablösung von Forstrechten, Reform der Strafsprochordnung, Errichtung von Arbeiterfamern, Steuernachsichten, Herabsetzung der Schulpflicht, Eheconsenseinführung, Einführung eines strengen Vagabundengesetzes u. s. w.

Aus der Reihe der Petitionen wollen wir nur zwei hervorheben:

1. Bezüglich der Petition des Gemeinderathes der Landeshauptstadt Laibach um Herstellung einer zweiten Eisenbahnverbindung des Triester Hafens mit dem Hinterlande auf der Linie Laib-Triest beantragt der Ausschuß: „es werde die Petition des Gemeinderathes der Stadt Laibach in gleicher Weise wie eine Reihe von Petitionen, welche zu Gunsten der Prediler-Bahn eingebracht worden sind, dem Herrn Handelsminister abgetreten.“

2. In dem Berichte über die Petitionen — mehr als fünfzig an der Zahl —, welche gegen den Mißbrauch der Kanzel gerichtet sind, sagt Abg. v. Mendel unter anderem: „Es müsse diesen Aufreizungen gegen die Verfassung und die Staatsgrundgesetze ein gedeihliches Ende gesetzt werden; das gegenwärtige Strafgesetz enthalte ja die bezüglichen Normen, überdies Gesetze, welche die Besprechungen politischer Fragen auf der Kanzel verbieten. Es mangelt aber an strieter Durchführung dieser Gesetze, welche der Regierung nicht angelegentlich genug empfohlen werden können.“

So lange der Staat und respective die Regierung nicht mit Ernst das Verhältniß der Kirche zum Staate in einer Weise regelt, daß die Macht des letzteren zum gebührenden praktischen Ausdruck gelangt, so lange werden die allgemein verbreiteten Kanzelmißbräuche und sonstige Agitationen des Klerus nicht nur kein Ende finden, sondern voraussichtlich Dimensionen annehmen, welche die öffentliche Ruhe im Staate auf die bedenklichste Weise gefährden. Würde man es an der Zeit finden, die Dinge endlich einmal praktisch anzufassen, und vor allem das auszuführen, was in der Allerhöchsten Thronrede vom 28. December 1871 in obiger Richtung ausgesprochen wurde, was sich also als Programm der Regierung darstellt und von den meisten Völkern Oesterreichs freudig begrüßt wurde, würde man dem nachkommen, was in gleicher Richtung die beiden Häuser des Reichsraths laut ihren an Sr. Majestät votirten Adressen im wohlverstandenen Interesse der Staatsgewalt anstreben zu müssen erklärt haben, so würde durch solche energische Schritte zuverlässig auch dem Kanzelmißbräuche Einhalt gethan werden. Durch welche Mittel noch etwa speciell einem diesbezüglichen Vorgange gegenüber den Bischöfen auch der nöthige materielle Nachdruck zu geben wäre — das zu untersuchen und zu besprechen reiche über das Ziel hinaus, welches sich der Petitionsausschuß bei Behandlung der durch die Eingänge erwähnten Petitionen angeregten Fragen stellen mußte.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 21. März.

Nach der „Bohemia“ wären den maßgebenden Kreisen die Augen über die Loyalität der feudalen Opposition aufgegangen; die Stellung des Ministeriums sei aber gefestigter als jemals. Falls die Landtagsmajorität czechisch wäre, sei Schmechel zum Oberlandmarschall designirt. Es fanden abermals feudale Gutsankäufe statt.

„Reform“ geißelt das fruchtlose Streben der Linken des ungar. Abgeordnetenhauses, das Volk zu Demonstrationen zu verleiten. „Wir stehen allerdings“ — sagt das Blatt — „einer parlamentarischen Revolution gegenüber, welche ins Volk zu verpflanzen die Zeitungen sich vergeblich abmühen. Aber das Volk fühlt die Nothwendigkeit solcher Gewaltthatigkeit nicht. Es genießt unerblickt die Frucht seiner Arbeit und das volle Maß seiner Freiheit und seiner Rechte, und die großen Worte Tisza's und Esanady's thun kaum eine solche Wirkung wie Trommelschläge vor der Bude eines Gauflers. Das Ende dieser Komödie wird indeß sein, daß das Volk gegen die Abgeordneten reagiren wird,

die das Vertrauen so schmähtlich mißbrauchen.“ — Im Laufe der am 19. d. stattgefundenen Abend Sitzung hat sich auch die äußerste Linke dem Compromißversuch angeschlossen; die Stimmung ist hoffnungreich. — Der „P. U.“ gesteht offen, „daß, wie die Dinge heute stehen, kaum mehr irgendwelche Aussicht vorhanden ist, die Wahlgesetz-Novelle noch während dieser Session zum Gesetze werden zu sehen.“ Dieses „offene Geständniß“ wird schon durch den Umstand ein bedeutsames, daß der Chefredacteur des „P. Lloyd“ nicht allein ein hervorragendes Mitglied der Majorität im Abgeordnetenhaus ist, sondern auch in jenem „Neuer-Ausschuß“ sitzt, welchen die Deal-Partei vorgestern gewählt.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den Entwurf des neuen Militär-Strafgesetzes für Deutschland. Derselbe ist von einer Commission ausgearbeitet, welche aus militärischen, den Contingenten des gesammten Reichsheeres angehörigen Mitgliedern und mehreren Juristen bestand. Die Commission begann ihre Arbeiten am 9. October des vorigen Jahres und schloß sie am 16. v. M.

Das „Bien Public“ constatirt, daß die französische Regierung mit Aufmerksamkeit über die Ordnung mache und entschlossen sei, energisch gegen Jedermann einzuschreiten, der es wagen würde, den öffentlichen Frieden zu stören und das Werk der Wiederaufrichtung Frankreichs zu behindern. — Das genannte Organ erblickt keinen Grund zur Beunruhigung in den von auswärtigen Blättern verbreiteten Gerüchten über eine Tripel-Allianz. Ein Gedanke beherrsche ganz Frankreich, und dieser ist, das es des Friedens, eines langen Friedens bedürfe. Seine energischen Bemühungen, um die Armeen zu reorganisiren, haben vorzugsweise zum Zwecke, den Frieden Frankreichs zu sichern, welches, nachdem es besiegt, nicht entwaffnet und allen offenstehend bleiben konnte. Sein Recht ist, seinen Rang wieder einzunehmen; seine Pflicht ist, im Frieden die Verirrungen und Schwachheiten von gestern wieder gut zu machen. Die Devise der Republik von 1872 läßt sich in folgender Weise zusammenfassen: Würde nach Außen, Festigkeit im Innern und weder nach Außen noch nach Innen Herausforderungen.

Wegen angeblicher revolutionärer Pläne der nach der Schweiz geflüchteten französischen Communisten verlangt die französische Regierung vom Bundesrathe die Internirung der gefährlichsten revolutionären Führer, und beruft sich auf ein Präcedens, daß unter dem Kaiserreich die Schweiz Mazzini auch internirte. — In der Nationalversammlung beantragte Carayon Latour eine zweipercenlige, auf 10 Jahre reparirbare Steuer auf Mobilien- und Immobilienwerthe, um die Kriegsschuld baldmöglichst abzuführen. — Die „Presse“ dementirt, daß die mit der Untersuchung der Capitulation betraute Commission beschlossen habe, Bazaine vor ein Kriegsgericht zu stellen. Wie versichert wird, hat die Commission die Untersuchung der Capitulation von Metz noch nicht beendet und wird nochmals Bazaine vernehmen, bevor sie einen Beschluß fassen wird. — Die Kosten für den Unterhalt der deutschen Truppen in Frankreich betragen für die ersten sechs Monate 1872 24,052,500 Francs.

Ueber den gegenwärtigen Stand der „Alabama“ Frage bringt „Financier“ folgende Mittheilung: „Wir wir mit großem Bedauern vernehmen, hat die Regierung der Vereinigten Staaten nach reiflicher Ueberlegung beschlossen, ihre gegen die Denkschrift (in Erwiderung auf die englische Denkschrift) am 15. nächsten Monats dem Schiedsgerichte vorzulegen, selbst für den Fall, daß der britische Schiedsrichter nicht anwesend sein sollte, und darauf zu bestehen, daß das Tribunal mit den schiedsrichterlichen Arbeiten fortfahre, ohne Rücksicht auf die Proteste oder die Vorfassung Großbritanniens. Die Regierung der Vereinigten Staaten besteht darauf, daß drei Schiedsrichter „eine Majorität der genannten Schiedsrichter“ bilden (dies sind die Worte des Vertrages) und daß sie competent sind, eine enalgtige Entscheidung zu fällen, oder Schadenersatz zuzuerkennen.“ — „Times“ und „Daily News“ sind der Ansicht, daß England darauf bestehen soll, daß die Forderung wegen der indirecten Schäden zurückgezogen werde.

Wiener Weltausstellung 1873.

In der am 16. d. stattgefundenen Sitzung der Abtheilung VII (Aufstellung der Maschinen, Herstellung der Schienenwege, Dampfleitungen, Transmissionen etc.) wurden die für die Einrichtung der Maschinenhalle und Ausstattung derselben mit den erforderlichen mechanischen Vorrichtungen vorbereiteten Constructionspläne nach dem bereits früher angenommenen Projecte vorgelegt und von der Versammlung gebilligt. Hierauf wurde der Entwurf des für die Maschinenausstellung ausgearbeiteten Specialreglements mitgetheilt und nach eingehender Discussion mit nur geringen Modificationen angenommen. — Die französischen Commissäre, die Herren Du Sommerand und Djenne, ebenso die Mitglieder der belgischen Commission, die Herren Stingencher und Portael, sind nach längerem Aufenthalte wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Aus Frankreich sind unterdessen von zahlreichen bedeutenden Industriellen, welche die

Ausstellung beschicken wollen, Anmeldungen eingelangt. Das heute hier eingelangte „Journal de Marseille“ enthält einen zur lebhaftesten Theilnahme an der Ausstellung aufmunternden Artikel und begrüßt freudig den friedlichen Kampf auf dem Felde der Industrie, zu welchem Oesterreich alle Völker einladet.

Nicht minder lebhaft wie im südlichen Frankreich ist das Interesse für die Ausstellung im südlichen Italien. Zeugniß hievon liefert der in Palermo erscheinende „Precursore“, der in seiner eben eingelangten Nummer die Ausstellung theilnehmend bespricht. — Ueber die Theilnahme Süddeutschlands liegen Berichte aus Baden vor, denen zufolge die Anmeldungen sich derart mehren, daß bedeutende Reductionen werden eintreten müssen, da der für die bisher angemeldeten Industriellen erforderlich: Platz allein den vierten Theil des Raumes in Anspruch nehmen würde, der auf der Pariser Ausstellung dem gesammten deutschen Reiche zugetheilt war. — In Karlsruhe hat Se. Hoheit der Großherzog angeordnet, daß eine Commission von Künstlern für eine würdige Vertretung der bildenden Künste Badens Sorge und die Auswahl der hervorragendsten zur Ausstellung zu sendenden Kunstschätze treffe. In Mannheim allein sind 40 Anmeldungen erfolgt, unter diesen solche hervorragender, einen europäischen Ruf genießender Etablissements.

Auf dem Stellungsplatze wird jetzt die Herstellung der Gartenanlagen und Wege in Angriff genommen. Für den Verkehr wird eine neue, den künftigen Park durchziehende Straße hergestellt, welche in gerader Linie von der Hauptallee zur großen Rotunde führt. Behufs Aufstellung der für die Rotunde bestimmten Säulen sind die Gerüste zum Theil bereits errichtet, während die Pilotirung des großen, gegen die Hauptallee gelegenen Portales des Industriealastes vollendet und die Fundamentirung der Maschinenhalle in Angriff genommen ist. Die Probebelastung der Betonpfeiler der Rotunde hat ein höchst befriedigendes Resultat geliefert. Die einzelnen Pfeiler wurden, obgleich sich das Maximum der Last, welches sie zu tragen haben werden, auf 4200 Centner beläuft, mit 4750 Centner belastet, ohne daß sich auch nur die geringste Senkung oder Deformirung ergeben hätte. Es kann daher mit der vollsten Beruhigung zur Aufstellung der Rotunde geschritten werden. Die Unterbauarbeiten für den ganzen östlichen Tract des Ausstellungspalastes sind nahezu vollendet, die Legung der Rappbäume beendet, so daß man unverzüglich mit der Aufstellung der eisernen Gesperre wird beginnen können. Bis jetzt sind Eisenbestandtheile im Gewichte von 109,500 Kilogrammen aus den Eisenwerken eingelangt und auf dem Ausstellungsplatze abgeladen worden. Die fremdländische Presse fährt fort, das Ausstellungsunternehmen auf das wärmste zu unterstützen, und bedient sich hiefür auch anschaulicher Zeichnungen. So brachte z. B. der in Constantinopel erscheinende „Levant Herald“ einen sehr gut ausgeführten Situationsplan des Ausstellungspalastes, wie auch „Ueber Land und Meer“ kürzlich einen solchen mittheilte, und nahm in einer andern Nummer eine äußerst nett gezeichnete Darstellung der Fassade des Industriealastes auf. — Die eben eingelangte „Times of India“ leitet den Abdruck des Ausstellungsprogrammes mit einem Artikel ein, in welchem auf die Vortheile hingewiesen wird, welche die Beschickung der Ausstellung Indien bieten werde. Ein Specialcomité, das in Bombay unter dem Vorsitze des Herrn G. W. Terri zusammengetreten, um die Vorbereitungen für die Theilnahme Indiens an der Ausstellung zu treffen, hat bereits mehrere Meetings abgehalten.

Tagesneuigkeiten.

— Die Pferde des Hofwagens, in welchem Se. Majestät der Kaiser Ferdinand in Prag den 19. d. eine Spazierfahrt machten, wurden scheu und rasten eine Strecke weit fort, wurden aber noch rechtzeitig zum Stehen gebracht. Der Kaiser setzte nach kurzer Unterbrechung die Fahrt im besten Wohlsein fort. — Ihre Majestät die Kaiserin Carolina Augusta sind seit einigen Tagen unwohl. — Ihre k. Hoheit die Frau Erzherzogin Sophie sind seit drei Tagen an einem Fußleiden erkrankt.

— (Rigorosen-Ordnung.) Die neue Rigorosen-Ordnung soll mit dem nächsten Winter-Semester ins Leben treten. Für die medicinische Physik, welche als obligater Gegenstand in die Prüfung aufgenommen wurde, dürfte, der „Br. Med. Wochenschrift“ zufolge, schon in nächster Zeit eine Lehrkraft gewonnen sein, welche allen Anforderungen entsprechen wird. Auch die Lehrkanzeln für Hygiene soll, sobald ein tüchtiger Fachmann dafür gewonnen ist, organisiert werden. Höchst wahrscheinlich wird Hygiene in die Reihe der obligaten Lehrgegenstände einbezogen und als solcher auch bei den Rigorosen berücksichtigt werden.

— (In der israelitischen Cultusgemeinde in Wien) wurden im Jahre 1871 692 männliche, 701 weibliche, zusammen 1393 Kinder geboren; 327 Paare getraut; durch den Tod wurden 38, durch Scheidung 3 Ehen gelöst. Gestorben sind 492 Personen.

— (5300 Pferde) werden alljährlich in Wien geschlachtet, 2300 innerhalb und 3000 außerhalb der Linien.

— (Ein Postmeisterverein) für Oberösterreich und Salzburg wird in Linz gegründet werden.

— (Deaf's) kranker Zustand löst ernste Besorgnisse ein.

— (Auch das nationale Nothstands-Comité in Agram) wurde von der croatischen Landesregierung aufgelöst. Das ganze Geld muß der Regierung übergeben werden.

— (Der türkische Tabak) wird in Oesterreich-Ungarn in Folge Intervention des Wiener Cabinets zu den alten Preisen bezogen werden.

— (Der Unglücksfall bei der Triester Feuerwehr.) Die „Triester Zeitung“ schreibt unterm 18. d. über den bereits gemeldeten, bei der Uebung der städtischen Feuerwehr geschehenen Unfall: „Bei einer gestern Vormittags im Hofe der sogenannten Dobler-Caserne unter der Leitung des, ungeachtet der ihm von Seite der Regierung verweigerten Aufnahme in den österreichischen Staatsverband, fortwährend als Commandant der städtischen Feuerwehr fungirenden Herrn Bassi vorgenommenen Uebung sind 7 Wächter durch den Sturz von einer Feuerleiter verunglückt. Vier derselben trugen schwere Verletzungen davon, welchen zwei derselben bereits erlegen sind, während die übrigen anscheinend nur leichteren Schaden genommen haben. Die strafgerichtlichen Erhebungen sind im Zuge, und wurde Herr Bassi heute Vormittags in gerichtliche Verwahrungshaft genommen.“

— (Elericale Agitation.) Die „Berliner Montags-Zeitung“ schreibt: „Die Staatsregierung bereitet umfassende Schritte gegen die katholischen Casinos vor, welche sich als Hauptherd der clericalen Agitation erwiesen haben.“

— (Die Kälte in Sibirien.) In der Provinz Tobolsk in Sibirien hatte die Kälte im Jänner d. J. eine außerordentliche Intensität erreicht. Das Thermometer zeigte — 40 Grad Reaumur.

— (Aussichten für Telegraphenbeamte.) Die chinesische Regierung hat einen englischen Agenten beauftragt, deutsche Telegraphenbeamte, besonders solche, welche mit dem Baue und der Einrichtung von Stationen vertraut sind, behufs Anlegung von Telegraphenlinien im Innern von China zu engagiren. Die von der chinesischen Regierung angebotenen pecuniären Bedingungen sind sehr günstig, und es wird jenen Beamten, welche eingeschlossen sind, diesem Rufe zu folgen, freie Hin- und Rückfahrt garantiert. Die einzugehende Verpflichtung wird auf zehn Jahre festgesetzt.

Locales.

Auszug

aus dem Protokolle der

ersten Sitzung des Executiv-Comité der Weltausstellungs-Landes-Commission für Krain.

Nach den einleitenden Formlichkeiten wird Fürst Pothar Metternich zum ständigen Referenten im Sinne des § 10 des Reglements der Ausstellungs-Commission gewählt.

Der vom Executiv-Comité hiezu aufgeforderte Landespräsident weist den Regierungscorrespondenten Julius Ritter v. Besteneck mit dessen Zustimmung der Landes-Commission als Secretair definitiv zu.

Bezüglich der Kanzlei-Kräfte und Kanzlei-Auslagen wird der Präsident über Antrag Dr. Costa's ersucht, hiefür vorläufig Vorsorge treffen und sich wegen des erforderlichen Creditbes folglich an den Herrn General-Director wenden zu wollen, welche Zusage derselbe auch abgibt.

Der Antrag auf Verfassung einer Instruction für das Executiv-Comité, die Sectionen und den ständigen Referenten wird abgelehnt, und dieser Gegenstand über Antrag Dr. Costa durch Beschluß folgenden Auspruches erlediget: „Das Executiv-Comité hat die ganze Executive in seiner Hand; die Sectionen sind zur fachwissenschaftlichen Vorberatung berufen, sei es, daß denselben vom Executiv-Comité in den einzelnen Fällen technische Gutachten abverlangt werden, oder daß von denselben selbst eine derartige Frage aufgeworfen wird; die Hauptaction ist Sache des Executiv-Comité's.“

Damit die nothwendige stete Fühlung zwischen dem Executiv-Comité und den Sectionen durch die Obmänner der letzteren baldigst hergestellt werde, wird die sogleiche Einberufung einer Plenarversammlung zum Zwecke der Constituirung und Activirung der Sectionen beschlossen.

Ueber Antrag des Fürsten Metternich wird die Wahl eines Comité's zur Verfassung eines zu erlassenden Auftrages beschlossen; in das Comité werden die Herren C. Deschmann, J. Murnit und A. Trinker gewählt; denselben wird auch die Zusammenstellung einer Liste der zu begründenden Behörden, Vereine, Gesellschaften u. übertragen.

Schließlich wird die Abhaltung regelmäßiger Sitzungen des Executiv-Comité's an jedem Montage 5 Uhr Nachmittags beschlossen, und außerdem der Präsident zur Einberufung außerordentlicher Sitzungen im Falle der Aufforderung von Seite des ständigen Referenten oder dreier Mitglieder verpflichtet.

— (Für die Nothleidenden in Krain) hat der Herr k. l. Landespräsident Carl Wurzbach Edler von Tannenbergl den Unterstützungsbetrag pr. 200 fl. ö. W. gespendet.

— (Die Sammlung für die Nothleidenden in Krain) liefert auch aus nachbarlichem Lande erfreuliche Resultate. Beispielsweise hat die Citalica in

St. Pölten zu diesem wohlthätigen Zwecke eine Soiree arrangirt, bei welcher der Betrag von 72 fl. einging.

— (Die Monatsversammlung des Museal-Vereines) findet heute Nachmittag um 5 Uhr statt. Tagesordnung: 1. Custos Zelouscheg: Einige seltenen, in jüngster Zeit dem Museum zugewandenen Thaler. 2. Prof. Dr. Volenta: Die sogenannten Steinbildungen im thierischen Organismus. 3. C. Deschmann: Höhenmessungen mittelst des Aneroids in den Oberthaler Alpen.

— (Aus dem Amtsblatt.) Im Bereiche der politischen Verwaltung sind eine provisorische Bezirkscommissärstelle mit dem Gehalte von 800 fl., sowie eine definitive und eine provisorische Conceptoradjunctenstelle mit dem Gehalte von 400 fl. bis 5. April zu besetzen.

— (Wichtig für Volksschullehrer.) Damit dort, wo die Schulferien die Dauer von acht Wochen nicht erreichen, der Volksumterricht durch die erste achtwöchentliche militärische Ausbildung der unter Anwendung des § 27 des Wehrgesetzes beurlaubten Lehramtszöglinge für Volksschulen und Lehrer an diesen Anstalten keine Störung erleide, bewilligte bekanntlich das Ministerium für Landesverteidigung, daß die gedachten Wehrpflichtigen unter der erwähnten Voraussetzung in zwei unmittelbar nach einander folgenden Jahren auf je vier Wochen zur militärischen Ausbildung eingezogen werden. Hievon wurden die Bezirkschulräthe mit dem Beifügen in Kenntniß gesetzt, daß diese Bestimmung auch auf die zur Landwehr unmittelbar assenirten Lehramtszöglinge für Volksschulen und Lehrer an diesen Anstalten Anwendung zu finden hat. Die Bezirkschulräthe werden jene Lehrer, die von der bezeichneten Begünstigung Gebrauch zu machen in die Lage kommen, alljährlich, und zwar längstens bis Ende Juni unter Angabe des Corps und Wehrbezirkes, denen sie angehören, namhaft zu machen haben.

— (Die Bezirksärzte im Herzogthume Krain) haben dem österreichischen Reichsrathe durch den Abgeordneten Pipp eine Petition um Einrechnung der provisorischen in die definitive Dienstzeit überreichen lassen.

— (Der hiesige Domorganist und Regenschori) Herr Anton Förster hat die Kirchenmusik mit zwei Messen bereichert. In kirchenmusikalischen Kreisen werden beide Compositionen gelobt.

— (Theaternachricht.) Wir nehmen Anlaß das theaterfreundliche Publicum in der zwölften Stunde noch auf zwei anzuhoftende vergnügte Theaterabende aufmerksam zu machen: Freitag, den 22. d. findet die Vorstellung zum Vortheile des Theater-Chorpersonales statt. Zur Aufführung gelangen die zwei zwerchfellerschütternden Possen „Schneider Zipp“ und „Madame Potiphar.“ Herr Schlesinger wird den ganzen Schatz seiner Komik entfalten, alle Fanten seines Humors und Witzes sprühen lassen. Als Beigabe erhalten wir Schiller's herrliches „Lied von der Glocke,“ ausgestattet mit entsprechenden lebenden Bildern. Wir wünschen dem Chorpersonale, welches in Possen und Operetten mit Fleiß und Effect gewirkt hat, ein volles Haus. Wir wünschen jedem Mitgliede des Chorpersonales einen gewichtigen Cassentheil. Wir wünschen, daß die Theilung materiell besser ausfalle, als jene, die der große Dichter bei der „Theilung der Erde“ dem Poeten zugedacht hat. — Samstag, den 23. d. geht zum Vortheile des fleißigen Schauspielers und Darstellers von Bürger- und Bauern-Charakterrollen, Herrn Karl Hofbauer, Bauernfeld's seines Lustspiel „Sein letztes Abenteuer“ über die Bretter. Herr Director Walburg feiert am 23. d. sein vierzigjähriges Schauspielerjubiläum. Wir werden das Vergnügen haben, Herrn Walburg in derselben Rolle, in der er vor vierzig Jahren die Bühne betreten hat, am 23. d. sein Debut in Laibach schließen zu sehen. Ueberdies wird die löbliche Musikcapelle des k. l. 79. L. Inf.-Reg. Graf Sany mit h. Bewilligung so freundlich sein, an diesem Abend die Theatermusik zu übernehmen. „Walburg“ und „Regimentscapelle“ sind angenehme, laute Rufe, denen wir zahlreich folgen werden!

— (Theaterbericht.) Vom gestrigen Abend haben wir viele Acte zu registriren. 1. Die Ouverture von Fr. Schubert wurde mit Präcision vorgetragen und beifällig aufgenommen. 2. Die Declamation „Rosa Weichen-dust“ unterblieb wegen eingetretenen Fußleidens des Fräulein Krügel. Herr Walburg excellirte als „armer Poet.“ Wir haben während der ganzen Saison es niemals versäumt, den excellenten Leistungen des gewiegten Schauspielers Herrn Walburg das wohlverdiente Lob zuzuerkennen; auch der gestrige Beifall und Hervorruf gebührte dem vortrefflich geschulten Schauspieler. Fräulein Langhoff belebte einigermaßen das bereits veraltete Bühnenproduct, wurde auch beifällig hervorgerufen. 3. Den Clanzpunkt des gestrigen Abends bilden die zwei Piecen des Beneficenten: der erste Satz des Violinconcertes von Lipinski und das liebliche Thema mit Variationen von Rode. Herr Berstner spielte den ersten Concertsatz mit strenger Correctheit im Ton und Strich, besonders in den Stellen der Doppelgriffe und Decimen, die zweite Piece mit großer Partheit. Der Beifall war auch ein stürmischer. Diese zwei Violinpiecen allein waren eines vollen Hauses würdig; leider war es nur schwach besetzt! 4. Fr. Pichon erhielt für den Vortrag zweier Lieder (Schubert und Gaimann) lebhaften Applaus; besonders ist Schubert's „Wanderer“ den Stimmmitteln des Fräuleins entsprechend. 5. Frau Leo hat durch den Vortrag eines Gedichtes in schwäbischer Mundart, den Beifall des Hauses errungen. 6. Die alte einactige Posse „Amsonn“ von Restroy elektrisirte durch das magnifique drahtische Spiel des Herrn

